

Position der Grünen Schweiz zu Frauen und Männern

Frauenrechte sind Menschenrechte

In der Demokratie sind Frauen nicht selbstverständlich mitgemeint. Anders ist es nicht zu erklären, weshalb der Slogan «Frauenrechte sind Menschenrechte» für die europäischen Feministinnen der Jahrtausendwende noch Gültigkeit hat.

Die Geschichte der Schweiz zeigt diese Entkoppelung von Demokratie und Frauenrechten besonders deutlich. Als eine der fortschrittlichsten Demokratien des 19. Jahrhunderts führte die Schweiz im 20. Jahrhundert als eine der letzten Demokratien das Stimm- und Wahlrecht für Frauen ein.

Dies hat mit der engen Verknüpfung von Politik und Männlichkeit in der Schweiz zu tun. Die Schweiz bezieht bis heute noch einen Teil ihrer Identität aus der Idee der Eidgenossenschaft. Die Vorstellung eines "Bundes unter Brüdern" lag nicht nur vor 150 Jahren der Bundesstaatsgründung zu Grunde, sie prägt das Geschlechterverhältnis in der Schweiz bis heute. Paradoxerweise war die Demokratie in der Schweiz gerade deshalb in besonderem Masse eine Demokratie der Männer. Weil die demokratischen Mittel so gut ausgebaut waren, bestand nur ein geringes Problembewusstsein. Die Anstrengungen, die Frauen politisch einzubinden, blieben deswegen bis heute vergleichsweise bescheiden.

Der Staat hat bei der Durchsetzung eines polaren Rollenmodells der Geschlechter eine nicht zu unterschätzende Position innegehabt. Inzwischen hat sich die Schweiz jedoch deutlich für die Gleichstellung von Mann und Frau ausgesprochen und dies auch durch einen Verfassungsartikel und das Gleichstellungsgesetz bekräftigt. Damit aus den Worten und Gesetzen auch Taten werden, muss der Staat seine Verantwortung wahrnehmen und in Richtung einer umfassenden Gleichstellung tätig werden.

Ein wichtiges Mittel zur Einbindung von politischen Minderheiten waren und sind Quoten. Quoten sind seit Jahrzehnten das Zaubermittel für die schweizerische Demokratie, allerdings nicht für Frauen. **Wenn Frauenquoten politisch chancenlos sind und bleiben, entlarvt sich der Bundesstaat jedoch als Männerstaat.**

Weltweit ist die Forderung nach gerechter Verteilung von Macht, Zeit und Geld zwischen Männern und Frauen nach wie vor unerfüllt und die eigenständige, ökonomische Existenzsicherung der Frauen ist eines der grossen, ungelösten Probleme geblieben. Die nachhaltige und umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern gehört noch nicht zum allgemeinen politischen Konsens.

Dies hängt auch mit dem hierarchisch strukturierten Geschlechterverhältnis zusammen, welches sich durch alle gesellschaftlichen Ebenen zieht. Frauen und Männer oder das Weibliche und Männliche besitzen nicht denselben Wert. Dies drückt sich auch darin aus, dass männlich besetzte Berufe besser entlohnt werden als so genannte Frauenberufe.

Unsere Politik ist darauf ausgerichtet, diese ungleiche Wertigkeit und ihre Folgen aufzulösen. Die Durchsetzung und Anerkennung der Chancengleichheit erfordert deshalb weiterhin eine aktive feministische Politik. Diese bezieht die Situation der Männer und der Frauen in ihre Überlegungen mit ein. Wenn Frauen Verantwortlichkeiten abgeben und teilen wollen, braucht es Männer, die sie übernehmen. **Wenn mehr Frauen mehr Macht haben sollen, werden Männer weniger Privilegien und Macht haben können.** Frauen haben bereits viel zu einer Veränderung des Geschlechterverhältnisses beigetragen. Jetzt sind die Beiträge der Männer gefragt.

Bei den Grünen politisieren auf allen Ebenen bereits heute viele Frauen. Die Basismitglieder setzen sich bei den Grünen zu je 50% aus Frauen und Männern zusammen. Auch in den Kantonsparlamenten beträgt der Frauenanteil der Grünen fast 50%. In den Gemeindeparlamenten zeigt sich ein ähnliches Bild: 48,4% der Grünen sind Frauen. In Grünen Regierungsämtern sind 36,6% Frauen tätig.

Die Grünen als ökologische und soziale Partei waren von Anfang an sowohl für aktive Politikerinnen als auch für Wählerinnen besonders attraktiv, deswegen politisieren überdurchschnittlich viele Frauen bei den Grünen. Als feministische Partei spielen die Grünen eine impulsgebende Rolle.

Rechtliche Verbesserungen, aber noch keine echte Gleichstellung

1981 wurde das Gebot der Gleichstellung von Mann und Frau in der Bundesverfassung verankert, 1996 folgte das Gleichstellungsgesetz. Die juristische Gleichberechtigung der Frauen erfolgte in der Schweiz vergleichsweise spät.

Gemäss Artikel 8 der Bundesverfassung ist es Aufgabe der Gesetze, für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu sorgen. Gesetze allein genügen jedoch nicht. Für eine tatsächliche Gleichstellung braucht es mehr: Es braucht eine tief greifende Veränderung des Geschlechterverhältnisses. Bevor die Gleichstellungsidee in den Köpfen und Herzen der Männer und Frauen keine neuen Geschlechterverhältnisse etabliert hat, kann sie keine gesellschaftliche Realität werden.

Die folgenden Zahlenbeispiele belegen, dass die Frauen trotz rechtlicher Verbesserungen und vieler Fortschritte nach wie vor von einer wirklichen Gleichstellung weit entfernt sind.

Politik: Je höher das Amt, desto weniger Frauen

Die politische Repräsentation der Frauen wird auf dem Weg in die politischen Institutionen von Stufe zu Stufe schwächer. Frauen haben z.B. bei den Nationalratswahlen rund 1,6 Mal weniger Chancen, in ein politisches Amt gewählt zu werden als Männer.

Wer macht die Arbeit und wer bekommt den Lohn?

Die deutlichsten Unterschiede in der Lebensgestaltung von Frauen und Männern zeigen sich auch heute noch in der Arbeit:

- Frauen, die in Paarhaushalten mit kleinen Kindern leben, leisten doppelt so viele Haus- und Familienarbeit. Durchschnittlich arbeiten Frauen in der Schweiz 136 Stunden pro Monat im eigenen Haushalt, Männer weniger als halb so viel (45%).
- Neben der Hausarbeit wird viel unbezahlte Arbeit in Vereinen, Organisationen und in der Politik (organisierte Freiwilligenarbeit) sowie für Verwandte, Bekannte und NachbarInnen (informelle Freiwilligenarbeit) geleistet. Auch hier engagieren sich Frauen viel stärker als Männer.
- Pro Kopf gerechnet arbeiten Frauen jährlich bezahlt und unbezahlt rund 160 Stunden mehr als Männer.
- Frauen machen 42 Prozent der Erwerbstätigen aus, leisten 35 Prozent aller bezahlten Stunden und bekommen etwa 27 Prozent des gesamten Einkommens.
- Frauen sind nach wie vor untervertreten in Kaderpositionen und übervertreten in prekären Arbeitsverhältnissen.
- Frauen erhalten immer noch deutlich tiefere Löhne als Männer. Je nach Ausbildung verdienen Frauen zwischen 15% (Berufsbildung) und 24% (Universität/Hochschule) weniger als Männer mit derselben Ausbildung.

Im unteren Kader verdienen Frauen 13 Prozent und im oberen und mittleren Kader 24 Prozent weniger als Männer.

Als Grund für die ungleiche Verteilung von Einkommen und beruflicher Stellung wird oft die potenzielle Mutterschaft der Frauen angeführt. Die Mehrheit (67 Prozent) der Mütter in der Schweiz ist jedoch erwerbstätig.

Während die Löhne der meisten Männer in der Schweiz darauf ausgerichtet sind, eine ganze Familie zu erhalten, vermögen Frauenlöhne oft nicht einmal den Lebensunterhalt einer Frau zu decken. Die Gewerkschaften fordern heute noch Ernährerlöhne für Männer, ungeachtet der frauendiskriminierenden Auswirkungen dieser Lohnpolitik.

Die Anzahl der Familien, die von einem Lohn leben können, sinkt und die Erwerbsquote der Frauen steigt an. Zugenommen hat besonders die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen. Das heisst: Immer weniger Familien können heute von einem Einkommen allein leben.

Zur Erhöhung der Frauenerwerbsquoten tragen also nicht nur die emanzipatorischen Wünsche der Frauen, sondern auch die ökonomische Notwendigkeit bei. **Es zeichnet sich ab, dass die Versorgerehe als Familienmodell in der Schweiz auch ökonomisch ausgedient hat.** Um so wichtiger sind existenzsichernde Löhne für Frauen.

Männer leisten pro Monat 25 Stunden weniger Arbeit als Frauen, erzielen dafür aber mehr als doppelt so viel Einkommen. Dies zeigt den Handlungsbedarf einer Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern deutlich auf.

Frauen werden eher erwerbslos

Frauen sind stärker als Männer von Erwerbslosigkeit – insbesondere von Langzeiterwerbslosigkeit – betroffen. Dazu kommt, dass über die Hälfte der erwerbslosen Frauen keine Unterstützung erhalten, sei es, weil sie keine Unterstützung beantragen oder weil sie nicht unterstützungsberechtigt sind.

Familien werden seltener und kleiner

In der Schweiz haben immer mehr Frauen keine Kinder. Familien werden in der Schweiz also seltener. Zudem beansprucht die Familienphase aufgrund der kleineren Kinderzahl einen zunehmend kürzeren Teil der gesamten Lebenszeit. Für immer mehr Mütter ist ein ausschliessliches Engagement für die Familie nicht mehr gewollt oder ökonomisch nicht mehr möglich.

Obwohl sich die Mütter vermehrt ausserhäuslich engagieren, hat sich das innerhäusliche Engagement der Väter nicht entsprechend vergrössert.

Knapp 60 Prozent der Frauen und Männer in der Schweiz leben in einem Paarhaushalt mit Kindern.

Die Kleinfamilie ist keine stabile Lebensform mehr, wenn über 40 Prozent der Ehen geschieden werden. Die grössten Existenzprobleme nach einer Scheidung haben die Hausfrauen, erwerbstätige Mütter fahren etwas besser. Die Hausfrauenrolle ist also für Frauen ein sehr risikoreiches Lebenskonzept.

Familien sind in der Schweiz armutsgefährdet, insbesondere allein erziehende Mütter und Familien mit mehreren Kindern.

Frauen sind gesünder und leben länger, aber sie fühlen sich weniger wohl

Die Gesundheitsvorstellung und die medizinische Forschung orientieren sich am männlichen Körper. Gemäss dem gängigen Gesundheitsbegriff sind Frauen gesünder und gesundheitsbewusster, leiden jedoch weitaus häufiger und stärker als Männer an Kreuz- und Rückenschmerzen, Schwäche oder Energielosigkeit, Kopfschmerzen und Schlafproblemen. Diese Beschwerden weisen auch auf psychische und soziale Belastungen hin, denen Frauen offenbar stärker ausgesetzt sind.

Im Gegensatz zum landläufigen Bild weisen nur halb so viele Frauen (16,9 Prozent) Übergewicht auf als Männer (33,1 Prozent).

Männer gefährden sich und ihre Gesundheit stärker als Frauen. Männer sind deutlich risikobereiter als Frauen und bezahlen dies gerade im Strassenverkehr häufiger mit ihrem eigenen Leben und gefährden das Leben anderer. Männer rauchen häufiger als Frauen: 38,4 Prozent der Männer und 27,4 Prozent der Frauen rauchen Tabak.

Alkohol wird ebenfalls deutlich häufiger von Männern konsumiert als von Frauen. 24,7 Prozent der Männer trinken mindestens einmal täglich Alkohol, dagegen nur 10,6 Prozent der Frauen. Frauen nehmen jedoch deutlich mehr und häufiger Medikamente ein.

Doppelt so viele Frauen wie Männer nehmen täglich ein Schlaf- oder Beruhigungsmittel ein.

Als Gründe für diesen Medikamentenmissbrauch der Frauen werden die tendenziell stärkere Verinnerlichung von Problemsituationen bei Frauen und die effektive Position der Schwäche durch den mangelnden gesellschaftlichen Einfluss und die eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz, erlittene sexuelle Ausbeutung oder die Angst vor physischer Gewalt angesehen.

Gewalt ist ein Männerproblem

Frauen sind deutlich seltener gewalttätig als Männer. Deswegen ist ausgelebte physische Gewalt primär ein Männerproblem. Diese Tatsache wird auch sprachlich verschleiert, so haben wir beispielsweise kein Problem mit Jugendgewalt; **es ist die Gewaltbereitschaft der jungen Männer, die ein gesellschaftliches Problempotenzial birgt.**

Gewalt wird oft zur Unterstreichung und Ausagierung von Männlichkeit eingesetzt. Ein typisches Beispiel dafür ist die sexualisierte Form von Gewalt, die hauptsächlich Frauen und Kinder trifft.

Die Gewaltbereitschaft der Männer beeinträchtigt die Lebensqualität, das Wohlbefinden und die Sicherheit der Frauen auch in der Schweiz.

Die globale Wirtschaftsmacht liegt fast ausschliesslich in den Händen von Männern

Im Zeitalter der "Globalisierung" hat die Wirtschaft massiv an Macht zugelegt. Wichtige gesellschaftliche Entscheide werden heute auf den oberen Etagen von Grossunternehmen gefällt. In der zu beobachtenden Fusionierungswelle, die unter dem Namen der Globalisierung vor sich geht, verliert auch der Stellenwert der Gleichstellung von Kaderfrauen. An den Spitzen der neuen, fusionierten Grosskonzerne sind kaum noch Frauen auszumachen.

Auch auf Gewerkschaftsseite sind die Frauen deutlich untervertreten.

Die Frauen haben auch wirtschaftspolitisch nur eine sehr schwache Lobby.

Die Wirtschaft ist das Stiefkind der bisherigen Gleichberechtigungsbestrebungen.

Frauenbildung und Männerbildung

Die bildungsmässigen Unterschiede zwischen Frauen und Männern haben sich verringert. 2000 waren es 86 Prozent der jungen Frauen und 91 Prozent der jungen Männer, die nach der obligatorischen Schule eine weitere Ausbildung angetreten haben. Frauen haben jedoch ein deutlich engeres Bildungsspektrum. **50 Prozent aller Frauen wählt aus lediglich vier Berufen aus (Kaufmännische Angestellte, Verkäuferin, Damencoiffeuse und Krankenschwester), 50 Prozent der Männer wählen dagegen aus 12 Berufen aus.**

In der Hochschulbildung treten die Bildungsunterschiede heute noch am deutlichsten zu Tage. Rund doppelt so viele Männer wie Frauen verfügen über einen Hochschulabschluss oder einen Fachhochschulabschluss der höheren Berufsbildung. Besonders technisch ausgerichtete Berufe sind nach wie vor eine Domäne der Männer.

Dieses Ungleichgewicht setzt sich in der Weiterbildung fort. Während Männer sich primär technisch oder theoretisch weiterbilden, besuchen Frauen fast im gleichen Ausmass Weiterbildungsveranstaltungen mit persönlichkeitsbildenden Schwerpunkten. Die unterschiedlichen Bildungsausrichtungen von Männern und Frauen führen zu stark geschlechtergetrennten Berufswelten.

Warum die bisherige Gleichstellungspolitik nicht die erwünschten Erfolge bringt

Gleichstellungspolitik greift zu kurz, wenn die Frauen die bisherigen Pflichten der Männer übernehmen, ohne eigene Pflichten teilen zu können. Bislang wurden etliche, bisherige Männerpflichten unter dem Titel der «Gleichberechtigung» auch auf Frauen ausgedehnt (bspw. Feuerwehrdienst bzw. Feuerwehersatzabgabepflicht) oder entschärft (bspw. Scheidungsrecht). Auf der anderen Seite wurden bessere Regelungen für Frauen aufgehoben (Rentenalter, Nachtarbeit, Witwenrente). **Paradoxerweise verlief die bisherige Gleichstellungspolitik teilweise auf Kosten der Frauen.**

Von den bisherigen Frauenpflichten dagegen bleiben die Männer nach wie vor verschont, indem Frauen zu ihrer schon grösseren Arbeitsleistung noch zusätzliche Pflichten übernehmen. Seit langem notwendige Verbesserungen für Frauen sind nach wie vor heftig umstritten oder werden nur in Rumpfversionen verwirklicht (zum Beispiel Mutterschaftsversicherung).

Dies ist nicht zuletzt eine Folge der Untervertretung der Frauen in der Politik, die dazu führt, dass «weibliche» Lebenszusammenhänge in der Politik wenig berücksichtigt werden. Gleichstellungspolitik kann nur Erfolg haben, wenn auch Männer mehr bisherige «Frauen»-aufgaben und «Frauen»-arbeiten übernehmen. Ansonsten ändert sich das Verhältnis der Geschlechter nicht.

Männer sind auch sozial sicherer

Die soziale Sicherheit von Frauen ist deutlich schlechter als diejenige der Männer. Das hat auch damit zu tun, dass die Sozialversicherungsleistungen zum grossen Teil an die bezahlte Arbeit gekoppelt sind. Dadurch werden die Unterschiede zwischen Frauen und Männern, die auch in der Arbeitswelt bestehen, fortgeschrieben. Frauen ohne Erwerbsarbeit oder mit tiefen Einkommen (Koordinationsabzug BVG) gelingt es in der Regel nicht, eine zweite Säule zur Alterssicherung aufzubauen.

Besonders schlecht gestellt sind Frauen, die auf Abruf arbeiten. Oft ist weder ein regelmässiger Lohn in einer eindeutigen Höhe garantiert, noch sind die Sozialversicherungen und die Ferienbezüge befriedigend geregelt.

Frauen zahlen auch heute noch höhere Krankenkassenbeiträge (Zusatzversicherungen) und die Mutterschaftsversicherung harret immer noch der Realisierung.

Frauen und Männer weltweit

«Keine Regierung behandelt Frauen gleich gut wie Männer. In keiner Gesellschaft stehen Frauen die gleichen Möglichkeiten offen wie Männern». Diese unmissverständliche Feststellung steht im Jahresbericht 1995 der UNO-Entwicklungsbehörde (UNDP). Die Umsetzung der Aktionsprogramme, die an den für die Frauen besonders wichtigen UNO-Konferenzen («Bevölkerung und Entwicklung» 1994 in Kairo, Sozialgipfel 1995 in Kopenhagen, Frauenkonferenz 1995 in Beijing) verabschiedet wurden, geht weltweit nur sehr harzig vor sich. Dies trifft auch für die Schweiz zu.

In der Entwicklungszusammenarbeit hat sich gezeigt, dass die in vielen Ländern durchgeführten Strukturanpassungsmassnahmen für die Frauen weit negativere Folgen haben als für die Männer. Die Budgetkürzungen bei der Bildung, bei der Gesundheitsvorsorge und im Sozialbereich haben die Frauen ungleich stärker getroffen. Prostitution als Begleiterscheinung von wirtschaftsfördernden Massnahmen haben das Aidsrisiko von Frauen massiv erhöht. Ebenso wenig verläuft die Globalisierung der Wirtschaft «geschlechtsneutral». Im Prozess der globalen Umstrukturierung stehen mehr Frauen auf der Verliererinnenseite als Männer. Geschlechtsspezifische Diskriminierung ist nach wie vor eine der Hauptursachen von Frauenarmut:

- Frauen erhalten einen Zehntel des Welteinkommens
- Frauen besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums
- Frauen produzieren zwischen 60 und 80 Prozent der Grundnahrungsmittel in Afrika, Asien und Lateinamerika
- Nur 5 Prozent der ländlichen Kredite multilateraler Banken erreichen Frauen
- Zwei Drittel der weltweit 1,3 Milliarden Menschen, die in Armut leben, sind Frauen
- Zwei Drittel der Analphabetinnen sind Frauen
- Frauen sind häufiger Opfer von Hunger als Männer
- Mädchen sind weniger gut ernährt als Knaben und medizinisch schlechter versorgt
- Die Mehrheit der 130 Millionen Kinder, die keinen Zugang zu Grundschulen haben, sind Mädchen
- Rund 80 Prozent aller Flüchtlinge sind Frauen und Kinder
- Gewalt gegen Frauen in der Ehe ist verbreitet, jede sechste Frau wird vergewaltigt
- Es werden mehr weibliche Föten abgetrieben als männliche

Gleichstellung umsetzen – unsere Forderungen

Politische Forderungen zur Gleichstellung müssen auf Frauen und Männer abzielen.

Politik

Halbe-Halbe: Quoten auch für Frauen: In der Verwaltung und in allen Parlamenten, Behörden und Kommissionen ist mittels Quoten eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter auf allen Stufen zu gewährleisten. Wir gehen davon aus, dass eine bessere Vertretung der Frauen einer Gleichstellung der Geschlechter förderlich ist.

Neue Arbeitsformen auch bei politischen Ämtern: Um die Arbeitspensen gerade auch in anspruchsvollen Ämtern auf einem machbaren Niveau zu halten, soll Jobsharing auch in gewählten Ämtern möglich sein. Grundsätzlich sind wir gegen Ämterkumulationen und setzen uns für Amtszeitbeschränkungen ein.

Aktionsprogramm für die Gleichstellung von Frau und Mann: Um eine Kultur der Gleichberechtigung zu schaffen, fordern wir befristete Schwerpunktprojekte und Aktionsprogramme (ähnlich dem Programm Energie 2000), die sich auch an Männer richten. Dabei

geht es darum, einen Mentalitätswandel zu bewirken. Die Aktionsprogramme haben bei der gewaltfreien Konfliktfähigkeit anzusetzen und sollen die Sozialkompetenz der Männer fördern und sie in die unbezahlte Arbeit integrieren. Es geht darum, die lähmende, implizite Annahme zu erschüttern, dass punkto Frauen und Gleichberechtigung alles in Ordnung ist.

Mündlich und schriftlich ist auf eine **geschlechtsneutrale Sprache** zu achten. Sprache schafft Bewusstsein und ist Massstababbildung. Vor allem die Rechtssprache ist Trägerin und Vermittlerin von Macht.

Arbeit

Gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern: So lange die Männer nicht willens oder in der Lage sind, ihren Anteil an unbezahlter Arbeit zu übernehmen, braucht es zusätzliches Engagement der öffentlichen Hand, der ArbeitgeberInnen sowie in der sozialen Absicherung, damit die Frauen in der bisherigen Arbeitsteilung nicht benachteiligt werden.

Umfassende Anerkennung der unbezahlten Arbeit: Familienarbeit und freiwilliges Engagement im Curriculum soll bei Bewerbungen und Einstufungen bei Anstellungen sowie in den Systemen der sozialen Sicherheit umfassend anerkannt werden.

Existenzsichernde Löhne für Frauen: Wir setzen uns ein für existenzsichernde Löhne für Frauen und Männer. Damit eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit möglich ist, müssen Lohndiskriminierungen entschieden bekämpft werden. Entsprechend sind gesetzliche Grundlagen, Rechtsprechung und Sozialversicherungen anzupassen. Mit einer Existenzsicherung für Kinder (vgl. unten) gibt es keine Notwendigkeit mehr, den Männern als «Ernährern» höhere Löhne zu bezahlen. Es geht nicht an, dass Männer höhere Löhne bekommen, egal ob sie Familienpflichten haben oder nicht.

Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse: Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse soll nicht nur im Dienste der Betriebe geschehen, sondern auch für die Angestellten, die neben der Lohnarbeit noch weitere Arbeiten leisten.

Arbeitsverträge auf Abruf nur mit gesicherten Rahmenbedingungen: Soziale Sicherheit und eine Lohngarantie müssen gewährleistet sein.

Allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit: Zur Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern muss die Wochenarbeitszeit generell verkürzt werden.

Motivationsprogramme für Männer, Teilzeitarbeit zu leisten. Teilzeitarbeit ist nach wie vor weiblich und so lange das so bleibt auch anfällig auf Diskriminierung.

Mutterschaftsversicherung und Vaterschaftsurlaub: Nach der Realisierung der Mutterschaftsversicherung soll auch der Vaterschaftsurlaub gesetzlich abgesichert werden.

Steuerliche Abzugsberechtigung für Weiterbildungskosten für einen Wiedereinstieg ins Berufsleben: Im Sinne einer Gleichwertigkeit von Berufs- und Betreuungsarbeit sollen Weiterbildungskosten, die dem Wiedereinstieg ins Berufsleben dienen, steuerlich abzugsberechtigt werden.

Familie

Förderung von Tageschulen und ausserhäuslicher Kinderbetreuung: Die Vereinbarkeit der unbezahlten und bezahlten Arbeitsbereiche muss erleichtert werden.

Garantierte Existenzsicherung für Kinder: Die Unterstützung von Familien durch die öffentliche Hand ist auf eine neue Grundlage zu stellen. Anstelle von Kinderzulagen und Steuerabzügen muss eine garantierte Existenzsicherung für Kinder eingeführt werden.

Konsequente Individualbesteuerung: Das Steuerrecht behandelt verheiratete Frauen als Zusatzverdienerinnen und orientiert sich damit immer noch an der Ideologie des Doppelverdienertums. Dadurch werden erwerbstätige Ehefrauen steuerlich benachteiligt. Eine Umstellung auf konsequente Individualbesteuerung brächte eine Gleichbehandlung.

Öffentliche Finanzen

Darstellung der Auswirkungen von Budget- und Sparentscheidungen auf die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen und Männern: Gleichstellungspolitik ist nicht nur Sache der speziell dafür Beauftragten, sondern auch eine Querschnittsaufgabe der öffentlichen Hand auf den Ebenen Gemeinden, Kantone, Bund. Von besonderer Tragweite sind die Entscheide über die Verwendung der öffentlichen Mittel. Die Grünen fordern eine konsequente Berücksichtigung der Geschlechterfrage sowie die Darstellung der Auswirkungen von Budget- und Sparentscheidungen auf die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen und Männern.

Ausländerinnen

Zivilstandsunabhängiger Aufenthaltsstatus für AusländerInnen: Der Aufenthaltsstatus kann vom Zivilstand abhängig sein. Das bringt für Frauen besondere Probleme mit sich. Aus Angst, bei einer Trennung oder Scheidung den Aufenthaltsstatus in der Schweiz zu verlieren, harren viele Frauen in Ehen aus, die für sie nachteilig und oft sogar von Gewalt gezeichnet sind. Besonders gefährdet sind Frauen aus Drittweltländern, die über eine Ehe mit einem Schweizer eingereist sind und Frauen, die zwecks Prostitution über eine Eheschliessung in die Schweiz gebracht worden sind. Deshalb braucht es einen zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsstatus von ausländischen Frauen in der Schweiz.

Berücksichtigung von frauenspezifischen Fluchtgründen bei Asylgesuchen: Für Asylgesuche müssen auch frauenspezifische Fluchtgründe akzeptiert werden, es sind dies sexuelle Gewalt, die durch Missbrauch der politischen Macht entsteht und der Entzug der ökonomischen Lebensgrundlage für Frau und Familie durch Gefangennahme, Entführung oder gar Tötung des Ehemannes.

Ausdehnung der Erwerbsmöglichkeiten für Tänzerinnen: Die Existenz einer spezifischen Aufenthaltsbewilligung für Tänzerinnen fördert den Frauenhandel. Indem verunmöglicht wird, dass Frauen ausserhalb des Rotlichtmilieus erwerbstätig sind, werden viele Frauen zur Prostitution gezwungen. Frauen mit einer Tänzerinnenbewilligung müssen die Möglichkeit erhalten, auch ausserhalb des Rotlichtmilieus erwerbstätig sein zu können und damit ihre eigene Existenz zu sichern.

Zusammenleben

Gleichstellung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften: Es ist nicht einzusehen, weshalb eheliche Lebensgemeinschaften vor nichtehelichen weiter privilegiert bleiben müssen. Gleichgeschlechtliche Paare, so genannte (heterosexuelle) Konkubinatspaare und Ehepaare sollen niederlassungs- und erbrechtlich gleichgestellt werden. Auch gleichgeschlechtliche Paare sollen Kinder adoptieren können.

Ehemöglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare: Die Ehe soll auch für gleichgeschlechtliche Paare eine mögliche Lebensform werden.

Gewalt

Strafen für Besitz und Konsum von Kinderpornografie: Gewalt soll auch in ihrer sexualisierter Form stärker bekämpft werden. So ist nicht einzusehen, weshalb der Besitz und der Konsum von Kinderpornografie nicht mit massiven Strafen belegt ist.

Behördenübergreifende Aktionen und Interventionen zur Bekämpfung der familiären Gewalt: Gewalt zwischen den Geschlechtern findet oft im familiären Umfeld statt. Deshalb sind auf Behördenebene bessere, koordiniertere Aktionen nötig, die ein effektives Eingreifen sicherstellen, das auch wirksame, präventive Massnahmen umfasst.

Verwahrung für nicht therapierbare Gewalttäter: Nicht therapierbare Gewalttäter sollen verwahrt werden können. Resozialisierung ist nicht in jedem Fall ein möglicher Weg.

Selbstverteidigung ist für Mädchen Pflichtfach: Körperliche und verbale Selbstverteidigung gehört für Mädchen zum Lehrstoff der Volksschule.

Vergewaltigung in der Ehe ist ein Offizialdelikt: Vergewaltigung in der Ehe soll auf jeden Fall strafbar sein.

Gesundheit Reproduktionsmedizin/ Schwangerschaftsabbruch

Die Gesundheit von Frauen soll spezifisch Thema werden im Bereich der Forschung, bei Präventionsprojekten und in der Gesundheitsförderung.

Schwangerschaftsabbruch ohne Indikation und Beratung: Jede Frau soll selbst entscheiden können, ob sie ein Kind haben will. Bis zur 16. Woche soll ein Schwangerschaftsabbruch ohne Indikation und ohne Beratung straffrei sein. Freiwillige Beratungsangebote sollen weiterhin geschaffen und gefördert werden.

Kein Zugriff auf die Eizelle: Die menschliche Eizelle darf nicht manipuliert werden, sie gehört nicht ins Labor.

Kein Ausbau der pränatalen Diagnostik und kein Zwang zu deren Anwendung: Der Entscheid, ob sie ein Kind austragen will, soll bei der Frau bleiben.

Soziale Sicherheit

Garantierte Existenzsicherung: Frauen sind häufiger armutsbetroffen als Männer, Existenzsicherung gehört zur staatlichen Schutzgarantie.

Senkung des BVG-Koordinationsabzugs: Damit auch Frauen mit tiefen Löhnen eine zweite Säule zur Altersversorgung aufbauen können.

Prämiengleichheit für Frau und Mann bei den Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung: Das Prinzip der Krankenversicherung beruht auf Solidarität, diese muss auch zwischen den Geschlechtern spielen.

Flexibles Rentenalter 62 für Mann und Frau: Es ist nicht einzusehen, weshalb Männer länger arbeiten sollen als Frauen, zudem sind Menschen so unterschiedlich, dass das Rentenalter flexibel ausgestaltet werden muss.

Entwicklungszusammenarbeit

Der Gender-and-Development Ansatz (GAD) muss die Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit bilden. Dem Empowerment der Frauen muss höchste Priorität eingeräumt werden.

In der Entwicklungszusammenarbeit soll enger mit Frauenorganisationen (NGO) zusammengearbeitet werden, namentlich im Bereich Gesundheitsvorsorge.

Die Aktionsprogramme zur Entwicklungszusammenarbeit der UNO-Konferenzen von Kairo und Beijing sind konsequent umzusetzen. Als reiches Land hat die Schweiz eine besondere Verantwortung.

Die Schweiz muss sich in den Bretton Woods Organisationen IWF und Weltbank für eine «frauengerechte» Ausgestaltung der Projekte und der Finanzvergabe einsetzen. Frauengerechtigkeit soll leitendes Prinzip der Entwicklungszusammenarbeit sein.

Die öffentlichen Entwicklungsgelder der Schweiz sind auf das UNO-Niveau von 0,7% des BSP anzuheben. Die bescheidenen Mittel, die die Schweiz heute für Entwicklungszusammenarbeit aufwendet, sind beschämend.

*Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 20. März 1999.
Aktualisiert von Heidi Rebsamen im April 2002.*